

Vortrag von Prof. Dr. Rolf J. Langhammer

Neujahrsempfang am 12. Januar 2009

FDP Schleswig-Holstein

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

als ich Ihre Einladung, lieber Herr Koppelin, erhielt, habe ich spontan zugesagt, auch wenn mein zweiter Gedanke war: muss mein erster Vortrag in diesem Jahr nun unbedingt zur weltwirtschaftlichen Lage sein? Es gibt sicherlich erfreulichere Themen. Von meiner Frau erhielt ich dann auch den guten Rat, nicht das Positive zu vergessen, was uns Ökonomen ja naturgemäß schwer fällt. Gerade deshalb will ich diesen Rat beherzigen.

Würde mich einer von Ihnen bitten, die jetzige Lage in einem Wort zusammenzufassen, so fiel die Antwort nicht schwer: Schlecht. Würde sie/er mir zwei Worte geben, würde ich

natürlich nicht sagen: Nicht schlecht. Aber auch nicht: Sehr schlecht, sondern *noch* schlecht.

Auf das Wörtchen *noch* kommt es an. An die Stelle des Risikos, mit der die Eintrittswahrscheinlichkeiten bestimmter konjunktureller Entwicklungen einigermaßen plausibel abgeschätzt werden könnten, ist heute die Unsicherheit getreten. D. h. die Frage: Ob ein Ereignis überhaupt eintritt oder nicht. Deshalb finden sich in allen Prognosen, auch in denen meines Instituts, deutliche Hinweise auf die Prognoseunsicherheit. Ob das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr minus 2 oder minus 2,7 betragen wird, ist mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit nicht zu beziffern. Nur über die Genese des jetzigen Zustandes können wir einigermaßen Übereinstimmung erzielen:

Zeitgleich mit einer sowieso zu erwartenden zyklischen Abschwächung, auch einer starken zyklischen Abschwächung, ist die Weltwirtschaft von einem Vertrauensschock getroffen worden, der von den Finanzmärkten ausgeht. Beides geschah zeitgleich in einem engen regionalen Verbund, von dem sich auch die Schwellenländer nicht haben abkoppeln können.

Was vor einiger Zeit noch unter der These „decoupling“ also Abkopplung diskutiert wurde, der Ersatz eines ausfallenden „OECD-Motors“ durch einen zweiten weitgehend unabhängigen „BRIC-Motor“ (Brasilien, Russland, Indien und China), ist heute bereits Makulatur. Das hohe Integrationsniveau der Finanzmärkte hat dafür gesorgt, dass auch die asiatischen

Schwellenländer in den Sog der Finanzmarktkrise geraten sind und dass rohstofffixierte Länder wie Russland, die ihr Wachstum über internationale Kreditaufnahme im Vertrauen auf weiterhin hohe Rohstoffpreise finanzieren wollten, erhebliches Lehrgeld haben zahlen müssen. Und das führt mich zu einer **ersten** These, die in der Hektik des kurzfristigen Tagesgeschäfts häufig übersehen wird: **Ohne eine Überwindung des Finanzmarktschocks werden wir die realwirtschaftliche Rezession nicht überwinden.**

Das bedeutet auch, dass die Lösung der Krise im Wesentlichen außerhalb Deutschlands zu suchen ist und dass der deutsche Beitrag notwendigerweise begrenzt ist. Was auf dem G20 Gipfeltreffen im November in einer to-do-Liste aufgeschrieben wurde, richtet sich in allererster Linie an die amerikanische Adresse und darüber hinaus an die Überlegungen zu einer neuen Finanzmarktarchitektur. Unter anderem geht es hier um Fragen wie: Soll man im Vorhinein Solvenzgarantien für systemisch wichtige Banken und andere Finanzmarktakteure geben und wenn ja, wie hoch ist der Preis dafür und wer soll ihn zahlen?.

An dieser Stelle kann auch schon das erste positive Moment vermerkt werden: Deutschland leidet noch nicht unter einer Kreditklemme. Vielmehr folgt die Verschärfung von Kreditstandards durch Risikoaufschläge bei Unternehmensanleihen und Unternehmenskrediten im Wesentlichen dem Konjunkturerinbruch, nicht aber einer

grundsätzlichen Verweigerung gegenüber jedem Kreditnachfrager. Das Fehlen von spekulativen Vermögensblasen in Deutschland, auch am Häusermarkt, und das besonnene Verhalten von Sparern und Verbrauchern sind in dieser Zeit ausgesprochen hilfreich gewesen und sind daher als positive Standortfaktoren zu bezeichnen. Damit breche ich keine Lanze für das dreigliederte Finanzsystem, sondern vielmehr eine für das kontinentaleuropäische Universalbankensystem. Die Bundesregierung hat das in ihrer Macht stehende getan, um Panikreaktionen auf dem deutschen Finanzmarkt zu verhindern. Noch mehr Handeln könnte allerdings rasch dem Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses folgen, also zukünftig teurer und weniger wirksam werden als in der Vergangenheit. Und wenn im Vordergrund staatlichen Handels weltweit die Überwindung der Finanzmarktkrise stehen muss und nicht die Überwindung der realwirtschaftlichen Krise, warum dann diese beispiellose Hektik bei den Vorschlägen zur Nachfragestimulierung, die wie ein Kessel Bunters täglich neu über dem Bürger ausgeschüttet werden?

Dies führt mich zur **zweiten These: Die Argumente gegen eine aktive Finanzpolitik keynesianischen Angedenkens sind nicht mehr so zwingend wie noch vor wenigen Jahren. Sie sind aber auch keineswegs so durchschlagend, dass man gute Argumente für finanzpolitische Zurückhaltung jetzt einfach vergessen sollte.**

Wir haben eine Geldpolitik, die Dank sinkender Inflationserwartungen jetzt deutlich expansiv tätig ist. Sie hat insbesondere in Europa noch Spielräume. Wir haben noch nicht die Bestätigung, dass diese expansive Geldpolitik wirkungslos ist, wir uns also in einer Liquiditätsfalle befinden. Wir haben automatische Stabilisatoren Dank unserer sozialen Sicherungssysteme. Diese könnten zwar wirksamer sein, wenn wir in guten Zeiten Haushaltsüberschüsse erzielt hätten, aber immerhin sind sie besser als in vielen anderen Ländern. Dennoch nährt das Sammelsurium von Vorschlägen zur Belebung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage die trügerische Erwartung, wir könnten den gleichzeitigen Ausfall wichtiger Exportmärkte in irgendeiner Weise kompensieren. Die USA können dies zumindest besser als wir, weil sie grundsätzlich viel stärker binnenwirtschaftlich als weltwirtschaftlich ausgerichtet ist. Um das mit einer Ziffer festzumachen: in den USA sind die nationalen Transaktionen sechsmal so intensiv wie ihr internationaler Handel. Im Stadtstaat Singapur, der völlig in den Weltmarkt integriert ist, ist diese Intensität pari. In Deutschland sind die nationalen Transaktionen etwas mehr als doppelt so intensiv wie unser internationaler Handel. Das bedeutet: wir liegen bei der Weltmarktorientierung näher an Singapur als an den USA und niemand käme auf die Idee, dass Singapur mit einem binnenwirtschaftlich ausgerichteten Konjunkturprogramm den Ausfall seiner Exportmärkte

kompensieren könnte. Bei uns kommt die Dynamik in der Veränderung des Bruttoinlandsprodukts von den Aggregaten Investitionen und Außenbeitrag, also Nettoexporte, und in USA tatsächlich viel stärker vom privaten und öffentlichen Konsum. Einem Konjunkturprogramm Obama'scher Prägung nacheifern zu wollen, wäre in der Bundesrepublik ökonomisch unsinnig.

Eine aktive Finanzpolitik in Höhe von 1 bis 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts zu betreiben, kann, wenn es schlechter als erwartet kommt und die Rezession sich länger hält, somit Wachstumsimpulse freisetzen, aber nicht den Ausfall der Exportnachfrage kompensieren. Wie aber sollte man das tun? Die Ökonomenzunft ist sich überhaupt nicht einig, deswegen ist das, was ich empfehle, eine ganz persönliche Meinung.

Eine Komponente aktiver Finanzpolitik lautet Steuerentlastung aber wir sollten uns auch in der Krise hier an Grundsätze halten, und die Grundsätze für ein modernes Steuersystem lauten: Eher Transaktionen als Personen oder Kapital zu besteuern, d. h. eher auf indirekte als auf direkte Steuern zu setzen. Deshalb lautet meine Empfehlung: keine Mehrwertsteuersenkung dafür aber Einkommensteuerentlastung. Das Argument des Bundesfinanzministers: „Damit würden die falschen Leute entlastet, weil die, die vorwiegend konsumieren, Niedrigeinkommensbezieher sind und wenig Steuern zahlen“, überzeugt mich

gar nicht. Eine Steuerentlastung, die sich einen niedrigeren Eingangsteuersatz, eine Erhöhung des Grundfreibetrages und die Beseitigung der kalten Progression im sogenannten Mittelstandsbau zum Ziele setzt, entlastet Leistungsträger in unserer Gesellschaft, die investiv tätig sein können. Sollten diese Leistungsträger sparen, stellen sie dem Kapitalmarkt zusätzliche Mittel zur Verfügung und verbilligen den Banken die Refinanzierung. Damit stärken sie Wettbewerbsfähigkeit des Bankensystems. Konsumieren sie (wie gewünscht), werden sie aber hochwertige Güter oder Dienstleistungen erwerben, deren Produktion Wachstumsimpulse für den deutschen Standort erzeugt, ohne protektionistisch zu wirken. Darauf komme ich noch zurück. Die Politik gibt den Bürgern im übrigen mit einer Steuerentlastung nur etwas zurück, was ihnen zusteht, weil die Nominaleinkommen von Bürgern mit mittlerem Einkommen in Zeiten steigender Inflation viel zu rasch in hohe Progressionsstufen geraten. Die Kritik des Bundesfinanzministers am Steuerentlastungsvorschlag zeigt ein Grunddilemma deutscher Wirtschaftspolitik: Nämlich immer zwei Ziele mit einem Instrument anzustreben, in diesem ein Fall ein Verteilungsziel und ein Wachstumsziel. Die jetzige Lage erfordert die Konzentration auf Wachstumsziele, und würde dies beherzigt werden, würde auch den Beziehern niedriger Einkommen am meisten geholfen sein. Alles andere nährt Illusionen, entfacht eher Strohfeuer, erfordert einen

enormen bürokratischen Aufwand und bringt die Wirtschaftspolitik in so gefährliche Fahrwasser wie darüber nachzudenken ob der Konsum der Bezieher niedriger Einkommen, der im Wesentlichen von Importgütern wie Konsumgütern aus Ostasien getragen wird wirklich förderungswürdig ist. Auf ein solches klein klein sollte die Wirtschaftspolitik verzichten. Man kann über die Abschaffung des Solidaritätsbeitrages, weil er allein in der bundespolitischen Verantwortlichkeit liegt, sicher diskutieren, allein in einem Wahljahr wäre dies politisch sehr unrealistisch und würde unproduktiven Verteilungsstreit heraufbeschwören..

Im Vergleich zu Steuerentlastungen liegen die Nachteile von Ausgabeprogrammen auch dann auf der Hand, wenn sie wachstumsfördernd sind, d.h. auf Infrastruktur-, Forschungs- oder Bildungsinvestitionen setzen und nicht Konsumstrohfeuer und Mitnahmeeffekte entfachen: Die Wirksamkeit von Investitionsprogrammen setzt später ein, vielleicht zu spät für den kurzfristigen Impuls, der erwartet wird. Die Programme sind entweder nicht startbereit oder wenn sie es sind, erfordern sie die Mitwirkung verschiedener Körperschaftsebenen mit entsprechenden Abstimmungs- und Finanzierungsproblemen. Und schließlich beinhalten sie immer eine implizite Förderung des Bausektors. Hier ist erstens gar nicht gewährleistet, ob die Kapazitäten kurzfristig verfügbar sind und nicht Preissteigerungen auslösen und zweitens,

ob nicht die Vorzieheffekte später einen entsprechenden Einbruch hervorrufen und daher zyklische Ausschläge verschärfen anstatt sie zu dämpfen. Bei jeder finanzpolitischen Aktivität müsste vorweg Klarheit und Konsens erzielt werden, wie die Finanzierung nach Überwindung der Krise weg von Schulden auf Subventionsabbau oder Verzicht auf andere Ausgaben gewährleistet werden könnte. Sonst antizipiert der Bürger, dass er für zusätzliche Programme jetzt später mit zusätzlichen Steuern oder unterlassenen Steuerentlastungen zur Kasse gebeten wird. Er dürfte dann seine Ausgaben nicht erhöhen.

Trotz dieser Einwände würde ich unter den jetzigen einmaligen Gegebenheiten ein Programm, das beispielsweise energiesparende Investitionen im öffentlichen Häuserbau fördert, nicht ablehnen. Es ist für mich aber die drittbeste Lösung nach der Geldpolitik und nach Steuerentlastungen.

Reine sektorspezifische oder sogar unternehmensspezifische Programme wie für die Automobilindustrie lehne ich ab, weil sie einen Dauersubventionsbestand für bestimmte Industrien etablieren und Überkapazitäten generieren, die nach der Krise kaum gegen starken Widerstand der Interessengruppen abgebaut werden können.

Meine Ablehnung sektorspezifischer Konjunkturprogramme führt mich, meine Damen und Herren, zu meiner **dritten** These: **Gravierender als der jetzige Nachfrage-Schock ist mittelfristig die Frage der Anpassung an neue Angebotsbedingungen.**

Was meine ich damit? In jüngster Zeit ist häufig die Parallele zum Einbruch 1973/74, also beim ersten Ölpreisschock, gezogen worden. Ich halte diese Parallele für wichtig und richtig.

Was sich im Nachhinein gezeigt, ist, dass damals unter neuen Rahmenbedingungen am Markt, wie dauerhaft höhere Energiepreise, bestimmte Produktionen nicht mehr abgesetzt werden konnten, z. B. in der Produktion, die auf energieintensiven Technologien basierten. Die Krise hatte also auch ein *zerstörendes* und zwar auf Dauer *zerstörendes Moment* in einem Strukturwandel, der neue Sektoren aufkommen ließ und alte vom Markt wegräumte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir am Ende dieser Krise vor gleichen Problemen stehen. Mit sektorspezifischen Programmen hätten wir dann bestimmte Kapazitäten nicht nur gehalten, sondern auch ausgedehnt und vielleicht gerade die, zurückgefahren werden müssten. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir in vielen Bereichen in den vergangenen vier bis fünf Jahren eine sehr starke Produktionsausdehnung in der Weltwirtschaft hatten, teilweise mit jährlichen zweistelligen Zuwachsraten. Dazu gehörten weltweit die Schiffbauindustrie, aber auch Dienstleistungen wie der Finanzsektor und in Teilen auch die Automobilindustrie. Ähnlich

wie 1973/74 sollte man die Marktbereinigung nach der Krise zulassen und nicht durch vorherige Stützung in der Krise erschweren.

Natürlich ist dies eine kontroverse Aussage, die bei den Betroffenen auf heftigsten Widerstand stoßen wird, aber gesamtwirtschaftlich ist dies sinnvoll. Es ist z. B. sehr wahrscheinlich, dass der Finanzsektor schrumpfen muss, wenn er seine Ankündigung wahr macht, sich auf Kernkompetenzen zurückzuziehen, beispielsweise auf das Massengeschäft mit Privatkunden in der angestammten Region. Dies wird nicht ohne Schrumpfung von Kapazitäten möglich sein. Die deutschen Landesbanken sind erste Kandidaten für diesen Schrumpfungsprozess. Es kann auch sein, dass Produktionen mit hohem Fremdkapitalbedarf schrumpfen müssen, wenn die Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung verschärft werden.

Meine Damen und Herren, dies führt mich geradewegs zu meiner **vierten** These die da lautet:

**Eine sehr expansive Geldpolitik in der Krise fördert das Überleben von Überkapazitäten, die unter normalen geldpolitischen Bedingungen an sich nicht überlebensfähig gewesen wären.** Damit wird die Geldpolitik erpressbar, denn nachdem die Zentralbanken praktisch zu Geschäftsbanken des Privatsektors geworden sind, wird der Privatsektor sehr darauf dringen, dass die Zeit niedriger Zinsen auch dann nicht zu Ende geht,

wenn es schon wieder Inflationserwartungen gibt. Damit würde die Aufgabe von Reinigungskrisen unerledigt bleiben, die Schumpeter als schöpferische Zerstörung so einprägsam gekennzeichnet hat. Und würde die Geldpolitik noch lange nach der Krise an niedrigen Zinsen festhalten, wäre die Wahrscheinlichkeit groß, dass es wieder zu Vermögensblasen kommt und damit zu einem wiederkehrenden Zyklus von starken Ausschlägen nach oben und nach unten. Das was die Welt heute Alan Greenspan vorhält, eine zu lange zu expansive Geldpolitik, könnte sie dann später auch Ben Bernanke oder anderen Zentralbankgouverneuren vorhalten. Sucht man nach empirischen Beispielen für eine ausbleibende schöpferische Zerstörung Dank einer zu lange zu expansiv verfolgten Geldpolitik, so findet man Anschauungsmaterial in Japan, wo Ineffizienzen in der Realwirtschaft bis heute nicht abgebaut werden konnten.

Eine weitere Entwicklung darf man bei einer Öffnung des Geldhahns nicht übersehen. Sie führt zu einer Einkommensumverteilung von Gläubigern zu Schuldnern. Ist dies der Dank an Sparer, für die das letzte Jahrzehnt ein verlorenes Jahrzehnt war? Und sind das die richtigen Anreize für Kapitalbildung und Risikovorsorge?

Meine Damen und Herren lassen Sie mich abschließend eine **fünfte** These vorstellen, sie lautet: **Je länger diese Krise anhält, desto mehr werden Länder versucht sein die Kosten**

**der Krise auf andere abzuwälzen, d. h. protektionistischen Forderungen nachzugeben.**

Machen wir uns nichts vor Erste Anzeichen sind überall in der Welt zu erkennen. Es beginnt bei der Frage, ob wir im Zuge der Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Deutschland Projekte unbedingt europaweit ausschreiben müssen, weil wir damit sicher stellen wollen, dass das Geld wirklich nur deutschen Arbeitsplätzen zu Gute kommt. Es geht weiter über die Frage, ob Opel auch dann unterstützt werden darf, wenn davon auch General Motors in den USA profitiert. Konjunkturpakete oder Gutscheine werden daraufhin diskutiert, wo und wass deutsche Konsumenten konsumieren, bzw. ob diese Konsumgüter einen hohen Importanteil haben. In China wird offen über Exportsubventionen diskutiert und teilweise werden diese auch schon eingesetzt, um die Wirkungen des Ausfalls der Exportnachfrage zu kompensieren. Überall wird über die Nationalisierung von Industrien diskutiert so, als sei das VW-Gesetz ein leuchtendes Vorbild. Krisen dieser Art sind gute Gelegenheiten, die weltweite Vernetzung von Märkten ein Stück weit zurückzunehmen und dass darunter auch so große Projekte wie die Doha Runde in der Welthandelsorganisation leiden, ist mit Händen zu greifen. Diese Runde ist weit von einem Abschluss entfernt. Auch die neue amerikanische Administration wird bei ihren Programmen das Augenmerk darauf legen, dass zu allererst amerikanische Jobs geschützt werden. Von ihr sind keine Impulse für Handelsliberalisierung zu erwarten.

Um nicht missverstanden zu werden. Wir stehen meiner Meinung nach nicht im Jahre 1913 oder 1914, auch nicht im Jahr 1930. In diesen Jahren brach sich der Protektionismus Bahn. Aber ich habe die große Sorge, dass nach der Krise viele Märkte ein wenig weniger offen sind als vorher. Damit würden wir in die Denkschablone zurückfallen, die uns von der Definition des Bruttoinlandsprodukts (BIP) vorgegeben ist. Es geht uns dann um die Erhöhung der Produktion in einem ganz bestimmten Territorium, in diesem Fall um Deutschland und sein BIP. Und nicht um das, worum es auch aus nationaler Sicht in einer vernetzten Weltwirtschaft geht, nämlich um die Erhöhung des Nationaleinkommens, dass das Einkommen beispielsweise aller Deutschen umfasst, unabhängig davon, ob es unter deutschen Dächern oder weltweit generiert worden ist.

Diese Gefahr des Rückfalls in nationalstaatliche Schablonen ist gerade für die Eurozone eine besondere Gefahr. Hier zeigen sich in der Krise zentrifugale Kräfte zwischen den Volkswirtschaften in der EU-Zone, denen man eine Überwindung der Krise einschließlich der Aktivitäten der nationalen Regierungen mehr zutraut, und denen, denen man das weniger zutraut. Zu beobachten ist dies zurzeit an den einmalig großen Unterschieden in den Zinsen von Staatsanleihen zwischen den Mittelmeerländern in der Eurozone und der Bundesrepublik.

Hier zeigen die Märkte, wie unterschiedlich sie diese Fähigkeiten beurteilen und das bedeutet auch, dass es erheblichen Stress im europäischen Integrationsprozess geben kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend auf die eingangs erwähnte Ermahnung zurückkommen, die positiven Momente in der jetzigen Situation nicht zu unterschlagen, und in der Tat gibt es da eine ganze Reihe für Deutschland. . Erstens: die deutsche Wirtschaft ist nach den Reformen der vergangenen Jahre besser als viele andere europäische Staaten dafür gewappnet, diese Krise durchzustehen und am Ende gestärkt aus ihr hervorzugehen. Deutsche Konsumenten und Sparer reagieren sehr vernünftig. Zweitens: deutsche Unternehmen denken zunehmend mittelfristig und suchen Fachkräfte auch dann an sich zu binden, wenn die gegenwärtige Auftragslage kritisch ist. Sie stabilisieren so weit möglich die Beschäftigung. Drittens: Gewerkschaften haben mit relativer (im Vergleich zu anderen Ländern) Lohnzurückhaltung in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland widerstandsfähiger gegen die Auswirkungen der Krise erscheint als viele seiner europäischen Nachbarn. Viertens, gesunkene Energiepreise sind nicht nur ein Realeinkommensschub für den Verbraucher, sondern verschaffen auch den deutschen

Autobauern einen Zeitgewinn auf dem Weg zur Umstrukturierung der Produktion auf umwelt- und energieschonende Modelle, den sie dringend nutzen müssen.

Viele Regierungen dieser Länder hätten gerne unsere Probleme. Aber gerade weil Deutschland mit derartigen Pfunden wuchern kann, sollte sich die deutsche Regierung von der Hektik ständig neuer Programme loslösen und Kompetenz nicht mit zwanghaftem Aktionismus gleichsetzen. Der aufgeklärte Bürger reagiert auf derartige Hektik kritisch. Der aus meiner Sicht mittelfristig wichtigste Beitrag Deutschlands zur Überwindung der Krise besteht darin, nicht durch eigene auf das eigene Territorium fixierte Programme anderen Ländern den Vorwand für protektionistisches Handeln zu geben.

Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.